

Friedenserklärung



WIR WEIGERN UNS, FEINDE ZU SEIN und andere Menschen zu töten. Wenn unsere Regierung KRIEG führt, dann NICHT IN UNSEREM NAMEN!

- | | | |
|--|-----------------------|-----------------------|
| Ich setze mich ein für die | Ja | Nein |
| - Abschaffung der Atomwaffen | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| - Beachtung des Gewaltverbots im Völkerrecht | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| - Beendigung der Rüstungsexporte | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| - Beendigung der Kriegseinsätze der Bundeswehr | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| - Abschaffung von Bundeswehr und Militär | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| - Förderung ziviler Konfliktlösungen | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |

.....
(Platz für weitere Themen)

Jeder Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit!

Ich stimme dieser Erklärung zu

Name: _____ Ort: _____

Mail-adresse
(falls Sie mit uns in Kontakt bleiben wollen)

Wir wollen möglichst viele dieser Friedenserklärungen sammeln, um die Friedensbereitschaft der BürgerInnen zu zeigen! Bestellen Sie dieses Faltblatt und geben Sie es an Ihre FreundInnen und Bekannte weiter! Unterstützen Sie unsere Aktionen für Frieden und Abrüstung!

Wir bitten um Spenden, steuerlich absetzbar, zur Finanzierung weiterer Auflagen dieses Faltblattes, auf das Konto des HMV - Bildungswerks der DFG-VK:
IBAN: DE37 4306 0967 8217 1208 00 ; bei der GLS- Bank, BIC: GENODEM1GLS

Platz zum Einstempeln einer örtlichen Kontaktadresse

Ursachen des Terrorismus bearbeiten

Statt Krieg zu führen müssen sich Gesellschaft und Politik mit den Motiven terroristischer Gewalt befassen. Die Radikalisierung von Tätern, die in Frankreich, England, Belgien oder Deutschland für den sog. Kalifatstaat kämpfen, entstand durch den Krieg gegen den Terrorismus. Einige Täter sind hier geboren und ihre terroristische Gewaltbereitschaft ist auch durch ihre soziale Lage in den europäischen Gesellschaften bedingt. Die Parteien und Regierungen, die Krieg als Mittel der Durchsetzung von Interessen benutzen, völkerrechtswidrige Kriege führen, Menschenrechte missachten, Folter und illegale Gefangenenlager akzeptieren (Guantanamo), können nicht glaubwürdig zum Gewaltverzicht aufrufen.



So bleibt es Aufgabe der fortschrittlichen Strömungen der Gesellschaft, Perspektiven für ein Zusammenleben der Kulturen und Religionen aufzuzeigen auf der Basis der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, auf der Basis von Toleranz und Solidarität. Das bedeutet, mit Menschen unterschiedlicher kultureller Prägungen gewaltfrei für Gerechtigkeit und

Frieden zu arbeiten. An erster Stelle geht es darum, gemeinsam darauf hinzuwirken, dass die imperialen Kriege der USA und ihrer Verbündeten politisch beendet werden. Faktisch sind wir davon weit entfernt.

Die terroristischen Anschläge der letzten Jahre zeigen die Verwundbarkeit unserer Gesellschaften.

Es gibt keine Sicherheit vor Anschlägen von radikalisierten gewaltbereiten Tätern (egal welcher politischen Richtung), vor Wahnsinnigen oder Amokläufern.

Die Frühwarnung vor solchen Taten ist eine Aufgabe des sozialen Umfelds, der ganzen Gesellschaft.

Flüchtende Aufnehmen

Zehntausende junge Männer fliehen aus den Kriegsgebieten, weil sie weder für einen Staat, noch für eine terroristische Gruppe kämpfen wollen. Kriegsdienstverweigerer und Deserteure müssen umstandslos politisches Asyl erhalten. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung muss als allgemeines Menschenrecht anerkannt werden. PazifistInnen unterstützen Kriegsdienstverweigerer und alle, die für Frieden und Gewaltfreiheit eintreten.

Frieden durch Gerechtigkeit

Wer die Energie von der Sonne nutzt, braucht keine Kriege zu führen, um Ölquellen und Pipelines zu kontrollieren. Es braucht Verhandlungen und internationale Vereinbarungen, um zu gerechten Wirtschaftsbeziehungen zu kommen. Knappe Ressourcen werden durch Kriege zusätzlich vergeudet. Statt für Rüstungstechnik und Krieg zu investieren, sollte eine nachhaltige, ressourcenschonende und energiesparende Wirtschaftsweise entwickelt werden. Menschenrechte, Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich müssen Vorrang vor den Profitinteressen der multinationalen Konzerne erhalten.

Zivile Lösungen - Abrüstung

Deutsche Außenpolitik muss Verhandlungen und zivile Lösungen unterstützen. Nur so kann der Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt unterbrochen werden; nur so können Motive für terroristische Angriffe beseitigt werden. Kerngedanke der zivilen Lösungen ist immer der Verzicht auf Waffengewalt zur Durchsetzung von Interessen. Staaten und internationale Einrichtungen können politisch eingreifen und Vermittlungen anbieten, um z.B. das Recht auf Selbstbestimmung zu befördern, z.B. die Rechte von Minderheiten zu schützen, z.B. territoriale Fragen zu regeln. Der aktuelle Friedensprozess in Kolumbien wurde z.B. durch Vermittlung von außen unterstützt. PazifistInnen wollen die allgemeine und vollständige Abrüstung.

Das bedeutet auch die Abschaffung der Bundeswehr.

Literaturhinweis:

Thomas Carl Schwoerer: Mit dem IS verhandeln?
Neue Lösungen für Syrien und den Terrorismus.
www.redline-verlag.de Neu 2016. Im Buchhandel 7,99€.
Auch als E-Book erhältlich

HerausgeberInnen

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Landesverband Bayern, in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk der DFG-VK Bayern, Schwanthalerstr. 133, 80339 München, muenchen@dfg-vk.de, Tel. 089 89 62 34 46 (Die.-Donn. 11.00 - 17.00 Uhr).

www.dfg-vk-bayern.de ; www.h-m-v-bildungswerk.de , mit Unterstützung der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, www.bertha-von-suttner-stiftung.de



Ihr Beitrag zum Frieden!

Eine Politik der Abrüstung und der zivilen Konfliktbearbeitung braucht eine Lobby in der Zivilgesellschaft. PazifistInnen mit Organisationsstrukturen und Finanzmitteln können auf die öffentliche Meinung Einfluß nehmen und ein Gegengewicht zur Lobby der Kriegs- und Militärbefürworter schaffen!

Werden Sie Mitglied in der DFG-VK!

Spendenkonto: HMV - Bildungswerk der DFG-VK:
IBAN: DE37 4306 0967 8217 1208 00
Spenden sind steuerlich absetzbar!

Impressum

Konzept, Text u. Gestaltung und v.i.S.d.P.: Thomas Rödl, c/o DFG-VK, Schwanthalerstr. 133, 80339 München; Druck: Das Freie Buch, München. E.i.S. 1. Auflage 2017, 8000 Stck
Titelmotiv: Martina Jäger

Infos im Web:

Hier Newsletter bestellen: www.dfg-vk.de
www.no-militar.org
www.atomwaffenfrei.de
www.bundeswehrabschaffen.de
www.aufschrei-waffenhandel.de

Grundsatzklärung der DFG-VK:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuwirken!



Sicherheit vor Terror?



Wie unzählige Menschen auf der Welt trauern wir um die Opfer der Kriege und der terroristischen Anschläge. Doch der Krieg gegen den Terror bringt immer neuen Terror hervor. Terroristen und Kriegsverbrecher müssen vor Gericht gestellt und nach rechtsstaatlichen Grundsätzen behandelt und verurteilt werden.



Keine Sicherheit durch Militär

Die Anschläge vom 11.9. 2001 („Nine Eleven“) gegen das World Trade Center in New York und das Pentagon waren das Startsignal für die langen Jahre des so genannten Krieges gegen den Terror. Wenige Wochen später marschierten US- Streitkräfte in Afghanistan ein, um den angeblichen Urheber der Anschläge, Osama bin Laden zu verhaften und die Organisation Al-Qaida zu zerschlagen.

Diese „Operation Enduring Freedom“ betreiben die USA eigenmächtig, es gibt kein Mandat der Vereinten Nationen.

Doch es zeigte sich: Wenn man die Infrastruktur eines Staates wie Afghanistan zerstört, trifft man nicht die Terroristen. Sie brauchen keine Stützpunkte in irgendeinem Land. Die Bombardierung z.B. von Ausbildungslagern und Stützpunkten in Afghanistan, später in Libyen, jetzt in Syrien und Irak, wird künftige Anschläge nicht verhindern. Terroristen können sich überall Waffen und Material für Anschläge besorgen. Oder ein Flugzeug entführen oder einen LKW entwenden um ihn als Waffe einzusetzen. Internationale und dezentral organisierte Gruppen sind durch Militärschläge nicht auszuschalten.

Der Krieg in Afghanistan ...

forderte mehr als 100 000 Todesopfer, die mit den Anschlägen vom 11.9. nichts zu tun hatten. PazifistInnen waren damals schon überzeugt: Der Krieg am Hindukusch diente der Beseitigung des Regimes der sog. Taliban und war vor den Anschlägen schon geplant. Er diente der Besetzung von strategischen Positionen im globalen Machtkampf. Es geht um Öl, Pipelines und Rohstoffe. Die USA haben dort jetzt eine Militärbasis.

Schon unmittelbar nach dem 11.9. plante das US-Verteidigungsministerium, auch gegen Irak, Syrien, Libyen, Iran, Libanon und Somalia Krieg zu führen und die dort herrschenden Regime zu beseitigen.

Im Irak haben die USA und ihre Verbündeten die staatliche Ordnung zerstört, Hundertausende wurden getötet und Millionen Menschen in die Flucht getrieben. Deutschland hat diesen Krieg durch die Überlassung von Stützpunkten unterstützt. Die latent vorhandenen Konflikte zwischen Religionsgemeinschaften (Schiiten und Sunniten) und ethnischen Gruppierungen (arabische und kurdische Bevölkerung) brachen aus und wurden durch die Politik der Besatzung verschärft.

Den Krieg gegen den Terror beenden

Der Krieg in Syrien...

begann als politischer Aufstand gegen das Regime von Machthaber Assad. Dann griffen verschiedene politische und religiöse Oppositionsgruppen zu den Waffen. Sie wurden von westlichen Staaten, von der Türkei sowie von Saudi-Arabien, Katar und anderen arabischen Feudalstaaten unterstützt. Demgegenüber erhielt Assad Unterstützung aus dem Iran, von der Hisbollah- Miliz aus dem Libanon und nicht zuletzt von Russland, das seine Basis am Mittelmeer verteidigt. Diesem Stellvertreterkrieg sind über 400 000 Menschen zum Opfer gefallen, über 11 Millionen sind auf der Flucht. Auch hier wurden staatliche und gesellschaftliche Strukturen zerstört. Deutschland beteiligt sich seit Ende 2015 am Krieg gegen den sog. Islamischen Staat, unterstützt eine kurdische Bürgerkriegsfraktion mit Waffen und Militärausbildung. Seit der Bekämpfung des Kalifatstaates durch die Verbündeten Frankreichs haben die Anschläge in Europa zugenommen.

Fazit nach mehr als 15 Jahren:

Der Krieg gegen den Terror hat immer neuen Terrorismus hervorgebracht. Der Krieg hat keine Probleme gelöst, sondern neue geschaffen.

Deutschland sollte daher

- die Einsätze der Bundeswehr in Syrien und Mali beenden;
 - bei den Bündnispartnern in NATO und EU für einen sofortigen Waffenstillstand werben;
 - Keine Waffen liefern, keine Militärausbildung betreiben;
 - Geldmittel für Wiederaufbau und Zusammenarbeit zur Verfügung stellen, und z.B. Ausbildungsprojekte und wirtschaftliche Selbständigkeit fördern;
 - eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten unterstützen, auf welcher politische Wege zur Selbstbestimmung, z.B. der Kurden, z.B. der sunnitischen Araber, ausgehandelt werden.
- Auf dieser muss auch über die Massenvernichtungswaffen und Abrüstung verhandelt werden.



Was tun:

Die Friedensbewegung fordert die Schließung des Stützpunktes Ramstein.
www.ramstein-kampagne.eu.
Appell gegen die Beschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr:
www.drohnen-kampagne.de
www.friedenskooperative.de/petition/nein-zum-bundeswehreinsatz-in-syrien

Mit Recht gegen Gewalt

Das Völkerrecht erlaubt keine Racheaktionen und keine einseitigen Strafaktionen. Es gilt das allgemeine Gewaltverbot in den Internationalen Beziehungen. Terroristen sind Kriminelle, die mit den Mitteln des Rechts zu verfolgen und zu verurteilen sind. Auch 2001, unter dem Eindruck der schockierenden Anschläge, wäre es möglich gewesen, die Hintermänner in internationaler Zusammenarbeit zu ermitteln, zu ergreifen und vor ein unabhängiges Gericht zu stellen.

Regierungen, die Terroristen unterstützen oder ihnen Zuflucht gewähren, können mit zivilen Mitteln sanktioniert werden, die der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu beschließen hat. Dazu gehören diplomatische Sanktionen, Abbruch von Beziehungen, Blockade des Geldtransfers, Einfrieren von Auslandsvermögen, Unterbrechung von Wirtschaftsbeziehungen, Blockade von Verkehrswegen und anderen Verbindungen.

Sollten sich terroristische Akte eindeutig einer Regierung zuordnen lassen, kann nur der Sicherheitsrat einstimmig politische, wirtschaftliche oder militärische Maßnahmen beschließen. Die USA und die internationale Gemeinschaft hätten die Wirkung ziviler Sanktionen abwarten können.

Alle Kriegsverbrecher, alle Verantwortlichen für illegale Straflager und Folter gehören vor das internationale Strafgericht! Allerdings haben die USA das internationale Strafgericht nicht anerkannt.

Bild rechts:
„Die Schutzbefohlenen“
Titelmotiv: Terror 2
beide: Martina Jäger

Drohnenkrieg beenden

Tagtäglich greifen die USA angebliche Terroristen mit Kampfdrohnen an. Die Menschen in Afghanistan, Pakistan, Irak, Somalia und anderswo wissen, dass die Drohnen über ihnen kreisen und sie jederzeit angegriffen werden können. Die Drohnen feuern ohne Vorwarnung, töten heimtückisch und grausam. Zweck der Angriffe ist die Einschüchterung und Bekämpfung der Gegner der US- Politik.

Die Tötung mit Drohnen verstößt gegen die Menschenrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person. Jeder eines Verbrechens beschuldigte Mensch hat einen Anspruch auf ein faires Gerichtsverfahren. Der Drohnenkrieg verstößt gegen das Gewaltverbot in der UN-Charta und verletzt die Souveränität der betroffenen Staaten.

Deutschland unterstützt den Drohnenkrieg der USA durch die Überlassung von Stützpunkten. Die US-Basis Ramstein (Rheinland Pfalz) dient als Relaisstation für den Drohnenkrieg. In und über den Truppenübungsplätzen Grafenwöhr und Hohenfels finden Übungs- und Ausbildungsflüge mit Drohnen statt.

Deutschland muss die UN-Charta beachten und Menschenrechte schützen. Jedes Bekenntnis zu Völkerrecht und Menschenrechten ist unglaubwürdig, solange die BRD den Drohnenkrieg der USA unterstützt! Deutschland ist nicht verpflichtet, den USA Stützpunkte für völkerrechtswidrige Kriege zur Verfügung zu stellen!



Absenderangabe:

Ich bestelle Info-Faltblätter

- Expl dieses Faltpatts „Sicherheit vor Terror“
- Expl. des Faltpatts „Krieg-Armut- Diktatur – Flucht“
- Expl. des Faltpatts „Kalter Krieg – heisser Krieg“
- Expl. des Faltpatts „Wozu Bundeswehr“
- Expl. des Faltpatts „Krieg und Krise“
- Expl. des Faltpatts „Konflikte zivil bearbeiten“
- Expl. Faltpbl. „Rüstungsexporte Stoppen“ (ab Okt.2017)
- Mehr Infos über die DFG-VK

Wir bitten um eine kleine Spende für die Begleichung der Druckkosten, bei Bestellung größere Mengen bitten wir um eine Kostenbeteiligung – auf Anfrage: muenchen@dfg-vk.de
Alle Faltpblätter finden Sie zum download auf www.no-militar.org ; Bestellung einzelner Exemplare über den webshop: <https://shop.dfg-vk.de/>

Bestellabschnitt

Bitte abtrennen und im frankierten Briefumschlag einsenden!

DFG-VK

Schwanthalerstraße 133
80339 München